

Runder Tisch
KLIMA*NOTSTAND*
Aachen

Wahlprüfsteine
für die Landtagswahl
2022

Fragen bearbeitet von:

Igor Gvozden & Sunaja Baltic

Partei:

DIE LINKE

Disclaimer:
Im Folgenden verwenden wir für sämtliche klimawirksamen Treibhausgase die Bezeichnung CO_2 und gebrauchen in diesem Sinne die Begriffe CO_2 und CO_2-Äquivalente synonym.
Ebenso verwenden wir den Begriff Treibhausgase (THG).

VISIT…

LANZAROTE Caliente.com

Allgemein zum Klima

Mit dem Abkommen von Paris im Jahr 2015 hat sich Deutschland verbindlich zum Ziel verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Eine schnelle und umfassende Eindämmung des Klimawandels ist daher nicht nur aus moralischen (Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung) oder eigennützigen (stabileres Wetter, politische Stabilität, höherer Grad an Autonomie in Energiefragen), sondern auch aus völkerrechtlichen Gründen in der nächsten Legislatur geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2021 noch den Aspekt der Generationengerechtigkeit hinzugefügt, also das Recht zukünftiger und junger Generationen, nicht alle Einsparungen alleine schultern zu müssen.

Die Folgen einer Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius sind bereits schwerwiegend (siehe Zusammenfassung der NASA[1]). Die Folgekosten des Klimawandels und der in den letzten 30 Jahren versäumten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung belaufen sich schon jetzt alleine in Deutschland auf Milliarden Euro. Ein Teil dieser Versäumnisse entfällt auf unser Bundesland.

1. Betrachten Sie den sich beschleunigenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

2. Bekennen Sie sich zum 1,5 Grad-Ziel?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

3. Erkennen Sie an, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre bereits unumkehrbare Kipppunkte überschritten sein könnten, die verheerende Auswirkungen haben könnten?

   Ja ◉ Nein ○

4. Erkennen Sie an, dass Wetterextreme der letzten Jahre (z.B. Hitzeperioden, extreme Niederschlagsmengen) zum Teil auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind und solche Ereignisse bei fortschreitender Erderwärmung immer häufiger auftreten werden?

   Ja ◉ Nein ○

1 https://climate.nasa.gov/news/2878/a-degree-of-concern-why-global-temperatures-matter/

5. In Deutschland werden 2% der weltweiten Emissionen emittiert. Die Verantwortung Deutschlands für den Ausstoß von CO_2-Emissionen geht aber weit darüber hinaus. Die Berücksichtigung der ausgelagerten CO_2-Emissionen würde zum Beispiel zu einem deutlich höheren Wert führen.

   Sind Sie bereit, diese Sicht als Grundlage Ihres politischen Handelns festzuschreiben und als Grundlage für alle Gesetzgebungsverfahren zu betrachten?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

   In Deutschland wohnen 1% der Weltbevölkerung und es werden 2 % der weltweiten Emissionen emittiert.

   Selbstverständlich kommt Deutschland durch ausgelagerte CO2-Emissionen sogar noch zu gut weg. Deswegen müssen auch ausgelagerte CO2-Emissionen und auch historische berücksichtigt werden.

6. Die Strategie der Suffizienz – "was brauchen wir wirklich" – ist die wirksamste Methode, die Emissionen von CO_2 zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Wollen Sie suffizientes Wirtschaften zur Basis Ihrer Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Landesebene machen?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

   Suffizientes (aber auch schon nachfrageorientiertes) Wirtschaften ist ein zentraler Faktor einer ressourcenschonenden Wirtschafts- und Umweltpolitik.

7. Klimaschutz hat viele Facetten. Daher kommt es bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Begrenzung der Erdüberhitzung zu Zielkonflikten. Zum Beispiel wird häufig gegen den Naturschutz gehandelt, obwohl Naturschutz integraler Bestandteil des Klimaschutzes ist.

   Werden Sie auf eine Auflösung bestehender Konflikte in den Förderprogrammen des Landes hinwirken?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

   Naturschutz gehört selbstverständlich auch zum Umweltschutz, findet jedoch weniger Anklang. Manche Zielkonflikte können nicht komplett ausgeräumt werden, aber es braucht eine Moderation und Lösungssuche hierfür. Es kann nicht von vornherein der Naturschutz ausgeklammert werden.

8. Werden Sie sich in Anbetracht von häufiger auftretenden Hitzewellen (mit tausenden Toten in Deutschland) und Starkregenereignissen (mit hunderten Toten)[2] dafür einsetzen, dass Anpassungen an die Folgen des Klimawandels auch in NRW auf der Agenda stehen?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

   Bereits heute ist die Durchschnittstemperatur in Deutschland um 1,6 Grad über Land im Vergleich zum vorindustriellen Niveau angestiegen. Deshalb müssen wir mit einem weiteren Anstieg der Anzahl von Hitzetagen rechnen und der Zunahme von Extremwetterereignissen. Extremer Starkregen wird häufiger und wechselt sich mit lang anhaltenden Dürreperioden ab. Darauf wollen wir NRW vorbereiten.
   Die hohe Versiegelung uss rückgängig gemacht werden. Maßnahmen zur Entsiegelung und Regenwasserversickerung sollen gefördert werden. Bäume können das Mikroklima in ihrer unmittelbaren Umgebung positiv beeinflussen, Schatten spenden und die Temperaturen in Hitzeperioden um mehrere Grad senken.

2 https://www.ndr.de/nachrichten/info/Klimagespraeche-mit-Friederike-Otto.audio920454.html

9. Öffentliche Mittel, als Zuschüsse oder Darlehen, sollen nur für Projekte und Investitionen gewährt werden, die sich am sozio-ökologischen Transformationsprozess orientieren. Dies gilt für inländische (z.B. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW oder die landeseigene NRW.BANK) und ausländische (z.B. Hermesbürgschaften) Finanzierungen.

   Stimmen Sie zu?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

10. Welche drei umweltschädlichen Subventionen auf Landesebene sollten Ihrer Meinung nach am dringendsten abgeschafft oder umweltfreundlich umstrukturiert werden?

1. Braun- und Steinkohle

◉ abschaffen ○ umstrukturieren

Kurze Begründung:

2. Flugverkehr

○ abschaffen ◉ umstrukturieren

Kurze Begründung:

Flugverkehr muss deutlich reduziert werden. Dazu gehört es, dass der Flugverkehr realistisch für alle verursachten Kosten aufkommt. Ein erster Schritt wäre eine EU-weite Kerosinsteuer. NRW-weit könnte ein Nachtflugverbot den Flugverkehr einschränken und auch eine Initiative im Bundesrat zum Verbot von Inlandsflügen.

3. Dienstwagen

○ abschaffen ◉ umstrukturieren

Kurze Begründung:

Das Dienstwagenprivileg begünstigt im wesentlichen ohnehin eher gut verdienende Menschen. Eine Mobiltätsförderung sollte künftig ausschließlich auf umweltfreundliche Alternativen (Jobticket, Dienstfahrrad) abzielen.

11. Werden Sie in Ihrem Kompetenz-/Zuständigkeitsbereich möglichst viele Hebel in Bewegung setzen, um das Abkommen von Paris einzuhalten?

Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

Kurze Begründung:

Seit Jahren wissen wir, dass die Kosten von Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels mit jedem Tag, an dem nicht gehandelt wird, steigen: 1 Euro Investition in Klimaschutz spart 15 Euro Kosten durch Klimaschäden. Deswegen ist jeder Tag an dem nicht gehandelt wird, ein verlorener Tag.

12. Werden Sie während Ihrer Zeit in Düsseldorf den intensiven Austausch mit Umwelt-, Klima- und Naturschutzinitiativen suchen?

◉ Ja, ich werde Termine einfordern ○ Ja, aber nicht eigeninitiativ ○ Nein

Verkehr

Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit zahlreichen Ballungsgebieten und einem immensen Verkehrsaufkommen, kommt NRW in einer klimagerechten Mobilitätswende eine ganz besondere Rolle zu. Die Herausforderung liegt darin, allen Menschen, ob in der Stadt oder auf dem Land, nachhaltige Mobilität zu ermöglichen.

1. Ende 2021 wurde im Landtag NRW das neue Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz verabschiedet, um den Rad- und Fußverkehr zu fördern. Unter anderem sollen künftig (ohne konkrete Jahresangabe) 25% des Verkehrsaufkommens in NRW auf das Fahrrad entfallen. Derzeit sind es nur circa 9%.[3]

   Bis wann sollte das Ziel von 25% Radverkehrsanteil am Modal Split erreicht werden?

   Bis 2025 (Jahresangabe)

   Kurze Begründung:

   Das Fahrrad - und Nahmobilitätsgesetz Nordrhein-Westfalen ist das Ergebnis der Volksinitiative "Aufbruch Fahrrad“. Diese hat in kurzer Zeit über 200.000 Unterschriften esammelt und diese 2019 dem Landtag übergeben. Die Linke NRW hat die Forderungen der Volksinitiative Aufbruch Fahrrad in allen neun Punkten unterstützt. Leider bildet das FaNaG nicht alle Forderungen ausreichend ab.

2. In Aachen kommen momentan 446 PKW[4] auf 1000 Einwohner*innen. Der aktuelle NRW-Durchschnitt liegt bei 570 PKW pro 1000 Einwohner*innen[5]. Wie sollte sich dieser Wert für eine Großstadt wie Aachen im Zuge einer ökologischen Verkehrswende bis 2030 entwickelt haben?

   ○ gewachsen um ca. + ___ %

   ◉ gesunken um ca. - 25 %

   ○ gleich bleiben +/- 0 %

   Kurze Begründung:

3 https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/fahrrad-und-nahmobilitaetsgesetz-100.html
4 https://aachen.de/DE/stadt_buerger/aachen_profil/statistische_daten/aachen_zahlen/juli_2021/index.html
5 https://www.it.nrw/570-pkw-je-1-000-einwohner-nrw-autoland-nrw-statistiker-legen-aktuelle-storymap-zur-pkw-dichte-vor

3. In NRW werden nach wie vor zahlreiche Neubauprojekte für Landesstraßen geplant und durchgeführt, obwohl NRW bereits nach Bayern das zweitlängste überregionale Straßen-/Autobahnnetz[6] hat.

   Stimmen Sie der folgenden Aussage zu:

   In Zeiten der Klimakrise sollten solche Projekte auf ein Mindestmaß reduziert oder vermieden werden.

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

4. Sie können im Folgenden bis zu drei Gründe nennen, die Ihrer Meinung nach dennoch den Neubau von überregionalen Straßen und Autobahnen in NRW rechtfertigen.

   1.
   2.
   3.

5. Circa 4,7 Millionen der 9 Millionen Erwerbstätigen[7] in NRW pendelten 2020 über die Grenzen ihres Wohnortes hinweg zur Arbeit. Im Jahr 2016 nutzten 70,2% der[8] Erwerbstätigen in NRW den PKW für den Weg zur Arbeit. Dies hat Unmengen an Treibhausgasen, Lärm, Luftverschmutzung, Unfällen, Ressourcenverbrauch (PKW-Produktion, Straßeninstandhaltung,...) und andere negative Effekte zur Folge.

   Können diese mit Pendelverkehr verbundenen Probleme allein durch den Umstieg auf E-PKW und eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV kurz- und mittelfristig gelöst werden?

   Ja ○ Eher ja ○ Eher nein ◉ Nein ○

   Wenn (eher) nein:
   Sollten regulatorische/ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden?
   Kurze Begründung:

   Ein kostenloser und gut ausgebauter ÖPNV ist zwar Grundvoraussetzung für den Umstieg vom Auto, aber es benötigt weiterhin ordnungspolitische Maßnahmen, wie eine Vereinfachung für das Home Office. Auch unsere Forderung nach einer kürzeren Vollzeit würde Pendler:innen den Umstieg auf den ÖPNV erleichtern. Eine weitere Ursache für das Pendeln sind auch die unbezahlbaren Mieten in Großstädten, die Menschen zwingen lange zur Arbeit zu pendeln. Auch dieses Problem muss bekämpft werden.
   E-PKW sehen wir jedoch grundlegend nicht als Lösung auf die Klimakrise an, da diese einen hohen Ressourcenverbrauch und Platzbedarf haben. Wir müssen perspektivisch weg vom Individualverkehr.

6 https://www.statistikportal.de/de/transport-und-verkehr/ueberoertlicher-verkehr
7 https://www.it.nrw/pendlerstatistik-nrw-mehr-als-jeder-zweite-erwerbstaetige-pendelte-2020-eine-andere-gemeinde-105777
8 https://www.it.nrw/nrw-mehr-als-80-prozent-der-erwerbstaetigen-aus-kleinen-gemeinden-pendelten-2016-mit-dem-pkw-zur

6. Welche Rolle nimmt der motorisierte Individualverkehr in Ihrer Mobilitätsutopie für Aachen ein?

   Freitext:

Kreislaufwirtschaft

Wiederaufbereitung von Verpackungskunststoffen, die mit diesem wiederaufbereiteten Kunststoff hergestellte Kleidung und deren unweigerlich erfolgende Entsorgung im Hausmüll sind kein Kreislauf. Stattdessen ist es ein Beispiel für eine Einbahnstraße, an deren Ende die Rohstoffe auf Deponien oder in Brennöfen verloren gehen.

Eine echte Kreislaufwirtschaft mit tatsächlich geschlossenen Kreisläufen hält die Rohstoffe im (Wirtschafts-)System. So werden Umweltzerstörung und Emissionen vermieden. Emissionen werden beispielsweise dadurch eingespart, dass Rohstoffe mehrmals verwendet werden können und nicht neu gefördert werden müssen und Teilschritte in der Verarbeitung entfallen.

Dann müssen insbesondere keine (neuen) Minen gebaut oder erweitert werden, wofür Regenwald gerodet wird (z.B. [Kupfer-]Minen im [ecuadorianschen] Regenwald[9]). Dies verhindert Emissionen durch Entwaldung.

Darüber hinaus werden mit einer 30%igen Schrottbeimischung im Hochhofen bei der Stahlproduktion rund 20% THG eingespart.
Wenn ausschließlich Schrott im Elektroofen genutzt wird, sind es sogar 84% THG-Einsparung. Die Prozentangaben sind jeweils im Verhältnis zu einer fünfprozentigen Schrottbeimischung im Hochhofen zu verstehen.[10]

1. Werden Sie sich für die Errichtung einer Kreislaufwirtschaft in NRW bzw. der Beteiligung sämtlicher Akteur*innen aus NRW an (je nach Stoffkreislauf) lokalen / nationalen / europäischen /... Kreisläufen einsetzen oder Ihre Kolleg*innen bei diesem Vorhaben unterstützen?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

9 https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/dok5/ecuador-kupferminen-bergbaufirmen-100.html
10 https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0303.pdf
Seite 59 des Berichts, Seite 61 des PDF-Dokuments. Der Bericht des UBA Österreich betrachtet die Prozesse für Österreich. Die Ergebnisse sind auf Deutschland übertragbar

2. Der oben genannte Aufbau einer Kreislaufwirtschaft bzw. die Befähigung der Akteur*innen aus NRW zur Kreislaufwirtschaft lässt sich unter anderem damit fördern, dass die öffentliche Hand nur noch kreislauffähige Produkte bezieht. Kreislauffähigkeit wird unter anderem durch Cradle to Cradle[11] zertifiziert, sodass z.B. die C2C-Zertifizierung als Ausschreibungsmerkmal herangezogen werden könnte.
Wie stehen Sie zu der Förderung der Kreislaufwirtschaft durch das Land, indem öffentliche Gelder (des Landes) an Kreislaufwirtschaftskriterien gekoppelt werden?

○ Kreislauffähigkeit sollte ein zwingendes Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein.

◉ Kreislauffähigkeit sollte ein Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein.

○ Kreislauffähigkeit eines Produkts sollte nur in der Beschaffung des Landes eine Rolle spielen, nicht jedoch in z.B. den Förderprogrammen des Landes.

○ Ich finde nicht, dass Kreislauffähigkeit ein Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein sollte.

Kurze Begründung:

3. Eine Reparatur ist ein leichter Weg, ein Produkt mit sehr geringen CO_2-Kosten funktionstüchtig zu halten. Dadurch werden die im Produkt durch seine Herstellung enthaltenen Treibhausgase und Rohstoffe in dem Sinne gespart, dass keine erneute Herstellung nötig ist.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung Reparaturen erleichtern wird?

Dies kann zum Beispiel über einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Reparaturen und Gebrauchtgegenstände oder einen unkomplizierten Zugang zu Bauplänen sowie Ersatzteilen und anderen für die Reparatur notwendigen Informationen geschehen.[12]

Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

11 https://www.c2ccertified.org/get-certified/product-certification
12 Dies fordert neben unter anderem die Verbraucherzentrale NRW. https://www.verbraucherzentrale.nrw/ltwnrw

Energie

Die Energiewende ist essentieller Baustein für die Reduktion von Treibhausgasemissionen, da das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) besonders viele Emissionen erzeugt. Sogar Organisationen, die den erneuerbaren Energien in der Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, wie die aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) heraus gegründete IEA (Internationale Energie Agentur), halten das sehr ambitionierte Ziel von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung für erreichbar und entwerfen Wege zur Umsetzung.[13]

1. Pauschale Abstandsregeln für Windenergieanlagen zur Wohnbebauung behindern die Energiewende massiv ohne die Akzeptanz[14] zu erhöhen.
   Werden Sie die Abstandsregel[15] ersatzlos streichen?

   (●) Ja ( ) Nein

2. Um wieviel GW werden Sie Wind- und Solarenergie in NRW pro Jahr ausbauen?

   > 1 GW Wind > 2,5 GW Solar

3. Das EEG räumt den Bundesländern die Möglichkeit ein, die Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten[16] zu erweitern.[17]
   Werden Sie dort zusätzliche Flächen für Photovoltaik freigeben?
   In welcher Größenordnung?

   Ja (●) Eher ja ( ) Eher nein ( ) Nein ( )

   Größe der Fläche:

Obwohl ich in meinem Beruf jeden Tag mit dem Anschluss von Erneuerbaren zu tun habe, kann ich die Frage nach genauen GW pauschal nicht beantworten. Unser Ziel ist es 2030 aus der Kohle auszusteigen und 2035 ein klimaneutrales NRW zu haben. Es müsste der genaue Energiebedarf ermittelt werden für diese Jahre (auch mit weiteren Pfaden wie z.B. dem Umstieg von Individualverkehr auf ÖPNV), ein konkreter Ausbaupfad definiert werden und erst dann erfolgt die Umrechnung in GW. Aus diesem Grund kann ich nur sehr grob eine Zahl hier abschätzen.

Die letztes Jahr errreichten 330 MW bei Wind und 645 MW bei Photovoltaik sind jedoch deutlich zu wenig.

13 https://iea.blob.core.windows.net/assets/
14 https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Akzeptanz/
15 https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=29504&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=517851
16 https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_3.html
17 https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_37.html

4. Werden Sie eine Solarpflicht für neue Privat- und Gewerbebauten einführen?

Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

Kurze Begründung:

Für eine dezentrale Energiewende sind PV-Anlagen zentral. Diese müssen selbstverständlich auf alle Dächer installiert werden, um eine Energiewende zu ermöglichen.

5. In NRW sind Abstände von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen zu Nachbarhäusern vorgeschrieben. Dadurch können die vorhandenen Solar-Potenziale auf Dächern nicht ausreichend genutzt werden.

Werden Sie den Bau von Photovoltaikanlagen ohne Abstände bei hoher Brandschutzklasse ermöglichen?

Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

Kurze Begründung:

Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft

Der Landwirtschaft und der damit verbunden Ernährung kommen große Rollen zu. Sie sind nicht nur für direkte Emissionen verantwortlich, sondern haben zusätzlich enormen Einfluss auf die Biodiversität. In Anbetracht der Tatsache, dass Biodiversitätskrise und Klimakrise sich gegenseitig anheizen, ist auch eine umfassende Biodiversitätsstrategie von Nöten.

Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Wasserspeicher, Luftfilter, Senke von Treibhausgasen (THG) und nicht zuletzt zur Erholung und Gesundheitsvorsorge wichtig. Die in den letzten 200 Jahren überwiegend geförderten Nadelholz-Monokulturen erfüllen diese Funktionen nur sehr unzureichend. Die Folgen des Klimawandels zeigen zudem, dass sie deutlich stärker für Trockenheit und Stürme anfällig sind als Laubbaumarten.

1. Setzen Sie sich dafür ein, dass das Land die Pachtverträge seiner verpachteten Flächen zum nächstmöglichen Zeitpunkt so anpasst, dass in Zukunft ausschließlich eine ökologische Bewirtschaftung (von zertifizierten und umstellenden Betrieben) stattfindet?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

2. Setzen Sie Sich für eine Essens- bzw. Menüumstellung in allen in Frage kommenden Kantinen, Schul-/Kita-Küchen und ähnlichen Landeseinrichtungen auf regionale, fleischarme und ökologisch hergestellte Produkte ein?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

3. Setzen Sie sich in den forstwirtschaftlich genutzten Waldbereichen dafür ein, dass der Anteil von liegendem und stehendem Totholz auf mindestens 10 Prozent erhöht wird und mehr gefällte Laubbäume im Wald belassen werden?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

Städtebau, Bauen, Stadtgrün

Deutschland ist gebaut. Dennoch entfallen circa 40% des deutschen Energieverbrauchs inklusiv des Betriebs der Gebäude auf diesen Sektor. Ebenso werden etwa 54% des Mülls durch ihn verursacht. Der Ressourcenverbrauch ist mit einem ungefähren Anteil von 40% zu beziffern[18]. Hieran hat die sog. graue Energie (Emissionen aus Herstellung, Transport und Verwertung) bei Neubauten einen Anteil bis 50%. Daher bietet der Bausektor eines der größten Einsparpotentiale aller Sektoren.

Darüberhinaus leistet die Versiegelung von Freiflächen, insbesondere Grünflächen, für unterschiedlichste Baumaßnahmen einen Beitrag zum Klimawandel und der Zuspitzung der nicht weniger existenziellen Biodiversitätskrise.
Dieser Schwund von 5 bis 8 ha pro Tag in NRW soll schon seit Jahren deutlich reduziert werden, mit dem Ziel auf eine klimaneutrale Null zu kommen. Bisher ist keine Reduktion zu erkennen, der Wert stagniert im Wesentlichen.[19]

1. Welche gesetzlichen Vorgaben streben Sie auf Landesebene an, um die graue Energie zu minimieren?

a) Neubaugebiete "höher" bauen - Verpflichtung zu mehr Stockwerken

Kurze Begründung:

Das mag auf den ersten Blick verwundern, aber wenn wir den Menschen die Möglichkeit geben wollen in der Stadt zu leben, müssen unsere Häuser höher werden. Dies ist wärmetechnisch sinnvoll und so werden weniger Flächen versiegelt, als wenn wir in die "Breite bauen." Häuser mit vielen Etagen sind für einige Menschen sicher unattraktiv, aber eine Stadt ohne Grün ist deutlich unattraktiver und schlechter für die Umwelt.

b)

Kurze Begründung:

c)

Kurze Begründung:

18 https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/
https://globalabc.org/resources/publications/2020-global-status-report-buildings-and-construction
19 https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/bodenschutz-und-altlasten/flaechenverbrauch

2. Die eingangs erwähnten Emissionen fallen bei der Sanierung von Bestandsgebäuden in erheblich geringerem Maß an. Hierzu findet zurzeit eine Anhörung der durch die Architects for Future (A4F) entwickelten MusterUMbauordnung im Rahmen der Bauministerkonferenz statt.[20]

   Welchen konkreten Schritte möchten Sie ergreifen, um die MusterUMbauordnung im Landesrecht (z.B. Landesbauordnung) umzusetzen?

   a)

   Kurze Begründung:

   b)

   Kurze Begründung:

   c)

   Kurze Begründung:

20 https://www.architects4future.de/

3. Das oben erwähnte immense Müllaufkommen bedeutet einen immensen Ressourcenverbrauch und steht dem Aufbau einer Kreislaufwirtschaft entgegen.

   Welche gesetzlichen Vorgaben auf Landesebene streben Sie an, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren und ein Bauteil- bzw. Baustoffrecycling verpflichtend einzuführen?

   a)

   Ausbau der Recyclingwirtschaft

   Kurze Begründung:

   b)

   Deutlich mehr Förderung von Sanierungen (s.u.)

   Kurze Begründung:

   c)

   Mehr Stellen für Baukoordination schaffen

   Kurze Begründung:

   Eine bessere Koordination von Baumaßnahmen kann verhindern, dass verschiedene Straßen im Laufe einiger Jahrzehnte mehrfach erneuert werden. Sowohl Kommunen, als auch Straßen.NRW und Versorger könnten so unterstützt werden bei einer einheitlichen Koordination. So könnte man Ressourcen sparen.

4. Der größte Anteil der Energieverbräuche findet im Handlungsbereich Gebäude im Bereich der Wärmeversorgung statt. Die kommerziellen Wohnraumanbieter bzw. -ersteller werden durch die EU-Taxonomie in Zukunft gedrängt – wenn auch wahrscheinlich nicht ausreichend – hier Verbesserungen vorzunehmen.

   Wie möchten Sie den großen Anteil der Einzeleigentümer verpflichten und unterstützen ihren Beitrag zur Wärmewende zu leisten?

   a)

   Sanierungsquote von 5%/a - Förderung von en. Sanierungen mit 2 Mrd. im Jahr

   Kurze Begründung:

   Außerdem wollen wir alle Gebäude bis 2025 einem landesweiten Klima-Check unterziehen sowie mit verbindlichen Sanierungsplänen bis 2035 klimaneutralen Gebäudestand garantieren und gleichzeitig viele neue Arbeitsplätze schaffen. Klimarechtliche Forderungen müssen hier stärker im Baurecht verankert werden.

   b)

   Ausbau klimaneutraler Wärmenetze

   Kurze Begründung:

   Es braucht einen deutlichen Ausbau der Nah- und Fernwärme. Das Land soll Kommunen beim Auf- und Ausbau klimaneutraler Wärmenetze unterstützen, finanziell und planungsrechtlich. Dort wo Wärmenetze existieren, sollten alle Gebäude angeschlossen werden.
   Für künftige Wohngebiete sollte eine Nahwärmeversorgung verpflichtend werden, vorzugsweise auf der Grundlage von Energieerzeugung im Quartier, etwa in Form von Solarthermie, Wärmepumpen, Geothermie und Biogas-Blockheizkraftwerken.

   c)

   Dezentrale Quartieransätze fördern

   Kurze Begründung:

   Dezentrale Quartieransätze sind unverzichtbar für eine Sektorenkopplung. Die derzeitige Definition von Quartieren, also dass diese lediglich ein Wohngebäude umfassen, ist nicht mehr zeitgemäß. Diese kleinen Einheiten erschweren systemeffiziente Lösungen zur Sektorenkopplung. Deswegen muss die Definition eines Quartiers erweitert werden. Im Vordergrund muss dabei nicht die genaue Anzahl von Megawattstunden, Straßenkreuzungen oder Gebäuden stehen, sondern eine örtliche Abgrenzung, in der gute technische Lösungen zur Sektorenkopplung in diesen Quartieren ermöglicht wird.

5. In Anbetracht der eingangs erwähnten Versiegelung in der Größenordnung von 5 bis 8 ha pro Tag in NRW und der Tatsache, dass die Ressource Boden nicht einfach vermehrt werden kann, besteht hier akuter Handlungsbedarf.

   Werden Sie den Grünflächenschwund im Sinne eines ganzheitlichen Schutzes und der Erhaltung der ökologischen Funktionen der Grünflächen stoppen?

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Flächenverbrauch tatsächlich zu leisten sind und in Zukunft nicht etwa in finanzielle Ausgleichsmaßnahmen umgewandelt werden?[21]

   Ja ◉ Eher ja ○ Eher nein ○ Nein ○

   Kurze Begründung:

21 Zum Beispiel aus Mangel an für Ausgleichsmaßnahmen geeigneten Flächen.